

Der Bürgermeister stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Es bestand Einvernehmen, den Nachtrag vom 29.09.2010 mit zu behandeln. Ferner wies der Bürgermeister auf die als Tischvorlage verteilten Protokollauszüge des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration vom 28.09.2010 und des Jugendhilfeausschusses vom 05.10.2010 hin.

Zu dem als Tischvorlage verteilten Antrag der Fraktion AUFBRUCH! vom 24.09.2010

10/0315 Resolution zur Stärkung der kommunalen Energieversorgung

merkte der Bürgermeister an, dass nach Einschätzung der Verwaltung eine Dringlichkeit im Sinne des § 48 Abs. 1 Satz 3 GO NRW nicht vorliege.

Für die Fraktion AUFBRUCH! begründete Herr Köhler die in seinen Augen vorliegende Dringlichkeit, da der Kabinettsbeschluss am 28.09.2010 erfolgt sei und das Gesetzgebungsverfahren jetzt beginnen werde. Der kommunale Standpunkt sei so früh als möglich darzulegen.

Herr Metz wies auf eine Meldung der Deutschen Presseagentur hin, dass am 29.10.2010 die 2. und 3. Lesung des Gesetzes sowie die Abstimmung im Bundestag erwartet wird. Da diese Abstimmung zwei Tage nach der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgesehen sei, bejahe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Dringlichkeit des Antrages.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass der Verwaltung die vor genannte Pressemeldung nicht bekannt sei.

Anschließend lies der Bürgermeister über die Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung abstimmen.

Jastimmen 17

Neinstimmen 27, damit erfolgt keine Aufnahme in die Tagesordnung

Es bestand Einvernehmen, auf Antrag der FDP-Fraktion die Anfragenbeantwortungen der Verwaltung zu den Tagesordnungspunkten 14.1.1 und 14.1.2 bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten 5 und 7.10 mit zu behandeln.

Für die SPD-Fraktion beantragte Herr Knülle, den Tagesordnungspunkt 7.4

10/0258 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 625/2 „An der Pleistalstraße“;
1. Bericht der Verwaltung über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
2. Auslegungsbeschluss

in die nächste Ratssitzung zu vertagen.

Nach kurzer Diskussion bestand Einvernehmen über eine eventuelle Vertagung bei Beratung dieses Tagesordnungspunktes zu entscheiden. Herr Knülle zog seinen Antrag daraufhin zurück.